



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 17. November 2014
(OR. en)

15387/14

TELECOM 202
COMPET 615
POLGEN 158

VERMERK

des	Vorsitzes
für die	Delegationen
Betr.:	Strategie Europa 2020 - Vorbereitung der Halbzeitüberprüfung - Orientierungsaussprache

Die im Jahr 2010 angenommene Strategie Europa 2020 baut auf den bei der Lissabon-Strategie gewonnenen Erfahrungen auf und hat zum Ziel, die EU zu einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft zu machen. Sie wird im Rahmen des Europäischen Semesters, dem jährlichen Zyklus der wirtschafts- und haushaltspolitischen Koordinierung, umgesetzt und überwacht.

Im März 2014 leitete die Europäische Kommission mit ihrer Mitteilung zum Thema "Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum" die ersten Schritte ein, die zu einer Halbzeitüberprüfung der Strategie Europa 2020 führen sollten; darauf folgte eine öffentliche Konsultation, die im Mai 2014 eingeleitet wurde und mit der Informationen aller betroffenen Akteure zu den bisherigen Fortschritten im Zusammenhang mit der Strategie gesammelt werden sollten. Die Kommission hat sich das Ziel gesetzt, die Lehren aus den ersten vier Jahren der Umsetzung der Strategie zu ziehen und festzulegen, welche Aspekte bei der weiteren Entwicklung zu berücksichtigen sind.

Die Digitale Agenda für Europa wurde als eine der 7 Leitinitiativen der "Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum" entwickelt. Gemäß dem Fahrplan (Dok. 11645/14) für die Halbzeitüberprüfung der Strategie Europa 2020 sollte auf der Tagung des Rates (Telekommunikation) am 27. November ein Beitrag zur Festlegung künftiger Prioritäten im digitalen Bereich geleistet werden. Bei der Debatte sollte unter anderem der Jahreswachstumsbericht 2015 berücksichtigt werden.

Digitale Agenda für Europa. Erzielte Fortschritte, wichtige Herausforderungen und Entwicklung der Debatte

In der im Dezember 2012 überarbeiteten Digitalen Agenda für Europa (DAE) wurden die zentralen Bereiche festgelegt, in denen weitere Maßnahmen zur Förderung der Voraussetzungen für die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung in Europa zu ergreifen sind: Vollendung des digitalen Binnenmarkts, Beschleunigung der Strukturreformen öffentlicher Dienste, Ausbau der Breitbandnetze, Stärkung von Vertrauen & Sicherheit im digitalen Umfeld, Verbesserung des Cloud-Computing, Förderung des Unternehmergeistes, Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsmöglichkeiten, Förderung von Forschung und Innovation.

Dem Anzeiger zur Digitalen Agenda sind positive Ergebnisse seit Beginn der Durchführung der DAE zu entnehmen, nämlich die verstärkte Nutzung des Internets insbesondere durch benachteiligte Personengruppen, der Anstieg des inländischen Online-Handels und die Verdopplung der Verfügbarkeit von Hochgeschwindigkeits-Breitbandanschlüssen (wobei sich diese vorwiegend in städtischen Gebieten befinden). In anderen Bereichen, wie etwa bei den elektronischen Behördendiensten, der Nutzung des Internets als Absatzweg für KMU und der öffentlichen Unterstützung für FuE im IKT-Bereich, werden die Fortschritte jedoch als unzureichend eingeschätzt.

Die digitale Wirtschaft war Gegenstand der Tagung des Europäischen Rates vom Oktober 2013. Dabei wurde die Bedeutung der Vollendung des digitalen Binnenmarkts bis 2015, der Erhöhung von Investitionen (durch einen verbesserten Rechtsrahmen und den optimalen Einsatz von EU-Mitteln), von Big Data und Cloud-Computing, die Verbesserung von Interoperabilität und Portabilität von Inhalten und Daten, der Förderung von Vertrauen in die digitale Wirtschaft und der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und der Förderung von erforderlichen digitalen Kompetenzen und der Innovation hervorgehoben.

Präsident Juncker ordnete die Vollendung des digitalen Binnenmarkts seinen wichtigsten Prioritäten zu und betonte, dass dadurch zusätzliches Wachstum in Höhe von 250 Mrd. EUR sowie hunderttausende neue Arbeitsstellen geschaffen würden. Zu diesem Zweck kündigte er für die ersten sechs Monate seines Mandats ehrgeizige Schritte im Bereich der Gesetzgebung zu mehreren wichtigen Fragen wie dem Datenschutz-, Telekommunikations-, Verbraucher- und Urheberrecht an. Ferner hat er sich der Förderung von digitalen Kompetenzen und innovativen Jungunternehmern verpflichtet, wobei er hervorhob, dass die Nutzung digitaler Technologien und von Online-Diensten als bereichsübergreifende Maßnahme verbessert werden muss.

Italien hat in der Überzeugung, dass der freie Zugang aller Endnutzer zum Internet innovations- und wachstumsfördernd ist, den digitalen Sektor in den Mittelpunkt seines Vorsitzprogramms gerückt. Im Juli fand in Venedig eine politische Aussprache auf hoher Ebene zu den digitalen Prioritäten statt. Auf der informellen Tagung des Rates (Telekommunikation) vom Oktober hat Italien seine Haltung zum Breitband-Internetzugang und zum Ausbau der sicheren digitalen Wirtschaft bestätigt und betont, dass die EU zur Internet-Governance, die als Säule der digitalen Welt gilt, mit einer Stimme sprechen sollte.

Auf legislativer Ebene leitet der Vorsitz zurzeit die Verhandlungen über die Richtlinie über Netz- und Informationssicherheit (NIS), die Web-Zugangsrichtlinie (WebAcc) und das Telekommunikationsbinnenmarktpaket (TSM). Diese Pakete sind eng miteinander verflochten. Ein sicherer und vertrauenswürdiger digitaler Binnenmarkt (TSM+NIS), auf den tatsächlich alle Unionsbürger Zugriff haben (WebAcc), ist ein wichtiger Motor für die Erhaltung des Wirtschaftswachstums, das in ganz Europa zunimmt. Deshalb müssen unter anderem Fragen der Frequenzpolitik, Roaming-Aspekte, Netzneutralität, Entwicklung der Breitbandtechnologie, digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze die Pfeiler einer einheitlichen und gemeinsamen europäischen Strategie darstellen, bei der die Mitgliedstaaten mit einer gemeinsamen, abgestimmten Zielvorstellung zusammenarbeiten. Darüber hinaus muss der Ausbau der Netze schrittweise angepasst werden, damit die sich immer wieder wandelnden Anforderungen an die Bandbreite und die Qualität der Dienstleistungen erfüllt werden. Alle Mitgliedstaaten müssen daher den Mut haben, die 30Mbps- und 100Mbps-Ziele der DAE perspektivisch als zu erfüllende Mindestanforderungen zu betrachten. Allen Unionsbürgern sollte unabhängig von ihrem Standort und der verwendeten Technologie die Möglichkeit einer Internetverbindung zu jedem beliebigen Zeitpunkt und mit einer angemessenen Dienstqualität geboten werden.

Vor dem Hintergrund der obengenannten Punkte und der sich entwickelnden Debatte über den digitalen Sektor in Europa werden die Minister ersucht, ihre Standpunkte zu den wichtigsten Prioritäten darzulegen, die das Handeln der EU im digitalen Bereich in den kommenden fünf Jahren leiten werden, und auf diese Weise einen Beitrag zur Überprüfung der Strategie Europa 2020 zu leisten.

Fragen

Der Vorsitz schlägt zur Strukturierung der Aussprache des Rates folgende Fragen vor:

- 1. Sind die Minister der Auffassung, dass die Strategie Europa 2020 etwas bewirkt hat und auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene wirksam umgesetzt wurde? Was waren die größten Hindernisse? Wie können wir die Wirksamkeit politischer Maßnahmen verbessern, um die 2020-Ziele zu erreichen?*
- 2. Hat das Festlegen von Leitinitiativen wie der DAE zur Umsetzung der Strategie und stärkeren Berücksichtigung digitaler Themen in Europa beigetragen?*
- 3. Welche Aspekte der DAE, insbesondere solche, die zur Vollendung des digitalen Binnenmarktes beitragen, sollten im Kontext der Überprüfung der Strategie Europa 2020 Vorrang haben?*

Die Delegationen im Rat werden wie gewöhnlich dazu aufgerufen, sich auf ihre Kernaussagen zu beschränken, und sollten daher ausführlichere Stellungnahmen vor der Ratstagung schriftlich vorlegen.